

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Daniel Bahr (Münster), Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Preisstabilität als Ziel im EU-Verfassungsvertrag festschreiben – Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 14./15. Dezember 2001 die Einberufung eines Konvents zur Zukunft Europas beschlossen.

Im Konvent bestand Übereinstimmung, die Regelungen des Vertrags von Maastricht zur Wirtschafts- und Währungspolitik, insbesondere den Stabilitäts пакт und das Statut der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Europäischen Systems der Zentralbanken nicht anzutasten, also diese Regelungen eins zu eins zu übernehmen. Der vom Konvent am 20. Juni 2003 vorgelegte Verfassungsentwurf gibt dies jedoch nicht eindeutig wieder. Es fehlt insbesondere im Kanon der Ziele der Union die Erwähnung des für die Stabilität des Euro und damit für die Sicherung des Wohlstands der Unionsbürgerinnen und -bürger überaus wichtigen Ziels der Preisstabilität.

Gerade in Zeiten wachsender Defizite der Haushalte der öffentlichen Hand ist die Festschreibung dieses Ziels in den Verfassungsvertrag von entscheidender politischer Bedeutung und ein wichtiges positives Signal für die Finanzmärkte.

Die Europäische Zentralbank hat am 19. September 2003 auf Ersuchen des Rates der Europäischen Union ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Verfassungsvertrags für Europa abgegeben und Formulierungsvorschläge an die Regierungskonferenz gemacht, die darauf abzielen, die Stabilität des Euro und die Unabhängigkeit der EZB und des Europäischen Systems der Zentralbanken in dem Verfassungsvertrag besser zu ermöglichen oder abzusichern. Dies ist machbar, ohne das Verfassungspaket insgesamt infrage zu stellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich die Forderungen der EZB in ihrer Stellungnahme vom 19. September 2003 zum Entwurf eines Verfassungsvertrags für Europa zueigen zu machen und diese Forderungen im Rahmen der Regierungskonferenz umzusetzen;
- sich insbesondere intensiv für die Aufnahme des richtungweisenden Grundsatzes des nichtinflationären Wachstums in Artikel I-3 des Verfassungsvertragsentwurfs als Zielbestimmung der Europäischen Union einzusetzen, nachdem bereits „ausgewogenes Wirtschaftswachstum“ in Artikel I-3 des Verfassungsvertragsentwurfs steht;
- sich insbesondere für die deutliche Unterscheidung der EZB wegen ihrer Unabhängigkeit, ihrer Rechtspersönlichkeit und ihrer Rechtsetzungsbefugnis von den Organen der EU im Verfassungsvertragsentwurf einzusetzen, damit der besondere institutionelle Status der EZB klarer und eindeutiger wird;
- sich dafür einzusetzen, dass auch die Unabhängigkeit der Nationalen Zentralbanken in Teil I des Verfassungsvertragsentwurfs erwähnt wird;
- sich bei den Regierungsverhandlungen schließlich dafür einzusetzen, dass die vollständige Aufnahme des Artikels 104 des EG-Vertrags in den Verfassungsvertrag erfolgt. Hier fehlt noch das Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

Berlin, den 21. Oktober 2003

Dr. Werner Hoyer
Rainer Brüderle
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Daniel Bahr (Münster)
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin

Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Andreas Pinkwart
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion